



ESSO-HÄUSER: EINE CHANCE FÜR ST. PAULI

Text: Andy Grote, Bezirksamtsleiter Hamburg-Mitte

Kein Bauvorhaben im Bezirk Hamburg-Mitte wird derzeit so intensiv diskutiert wie die sogenannten „ESSO-Häuser“ entlang des Spielbudenplatzes. Vor knapp fünf Jahren wurde das Grundstück von der „Bayrischen Hausbau“ gekauft, um dort einen Neubau zu realisieren, während sich die Initiative „Esso-Häuser“ vehement für einen Erhalt und Sanierung der Gebäude mit ca. 100 Wohnungen und zahlreichen Gewerbeeinheiten einsetzte. Die Esso-Häuser sind aufgrund ihrer Größe von fast einem ganzen Straßenblock, ihrer prominenten Lage, des St. Pauli-Typischen sozialen Milieus und der Mischung mit verschiedensten Gewerbebetrieben, vom Musikclub Molotow bis zur Esso-Tanke, ein Schlüsselgrundstück für die weitere Stadtentwicklung auf St. Pauli.

Mit dem vom Bezirk beauftragten und im Juni 2013 vorgestellten Gutachten zeigte sich aber, dass der bauliche Zustand noch deutlich schlechter war als befürchtet und damit eine Sanierung nicht mehr realistisch war. Als besonders problematisch erwies sich dabei die stark eingeschränkte Tragfähigkeit der Tiefgarage, auf der alle anderen Gebäudeteile lasten. Bereits zum diesem Zeitpunkt musste, unabhängig von den eingeleiteten Sofortmaßnahmen wie Sperrung und Abstüt-

zung der Tiefgarage, von einer nur noch begrenzten Nutzungsdauer ausgegangen werden

Trotz dieser Untersuchungsergebnisse waren die Ereignisse in der Nacht vom 14. Dezember 2013 doch sehr überraschend und schockierend. Mehrere Mieter berichteten über schwankende Wände und starke Erschütterungen. Eine sofortige Evakuierung aller Bewohner und Gewerbebetreibenden musste veranlasst werden.

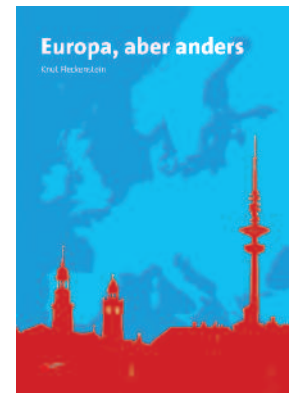
Die darauffolgende Untersuchung durch Statiker erbrachte deutliche Anhaltspunkte für eine Bewegung der Gebäudeteile mit der ganz klaren Risikoeinschätzung, dass die Häuser auch für die Zukunft unbewohnbar bleiben. Inzwischen konnten für etwa zwei Drittel der Mieter, von denen viele zunächst in Hotels untergebracht waren, Ersatzwohnungen zur Verfügung gestellt werden. Nachdem alle Wohnungen und Gewerbebetriebe geräumt und die Abbruchgenehmigung erteilt wurde, könnte im Februar voraussichtlich bereits mit dem Abbruch begonnen werden.

Entscheidend ist jetzt der Blick in die Zukunft mit dem ausstehenden städtebaulichen Wettbewerb muss ein überzeugender Vorschlag für ein neues Stück St. Pauli gelingen.



Wie bisher soll die ganze Vielfalt des Stadtteils sich darin wiederfinden. Mit ca. 50 Prozent öffentlich geförderten Wohnungen und insgesamt vielen kleinen Wohnungsgrundrissen soll das durchmischte soziale Milieu erhalten bleiben. Die bisherigen Bewohner sollen ebenso ein Rückkehrrecht zu gleichen Bedingungen erhalten wie der Musikclub Molotow. Durch eine Neubebauung können wir zahlreiche zusätzliche Wohnungen und erstmals auch geförderte Sozialwohnungen auf dem Grundstück schaffen und damit für mehrere Jahrzehnte günstigen Wohnraum für St. Pauli sichern.

Im Wettbewerbs- und anschließenden Bebauungsplanverfahren, wird es ausreichend Raum für die Beteiligung des Stadtteils geben. Wir brauchen für diesen Ort aber auch eine ausdrucksstarke vielfältige Architektur mit einem eigenen Charakter, so unverwechselbar wie der Stadtteil St. Pauli selbst. ■



EUROPA, ABER ANDERS

DONNERSTAG, 20. FEBRUAR
17.30 UHR
KURT-SCHUMACHER-ALLEE 10

20 Hamburgerinnen und Hamburger schreiben über ihre Idee zu Europa mit Knut Fleckenstein (Hrsg.) und anderen

ROTE FLORA – (K)EIN GANZ NORMALER BEBAUUNGSPLAN

Text: Mark Classen, Baupolitischer Sprecher der SPD-Bezirksfraktion Altona

Am Ende eines Sanierungsverfahrens macht man einen Bebauungsplan. So auch beim B-Plan „Sternschanze 7“, der das Gebiet rund um den Flora-Park in seiner städtebaulichen Eigenart und derzeitigen Nutzungen erhalten soll. Im Block befindet sich auch das Grundstück Schulterblatt 71, genutzt als Kulturzentrum, bekannt als „Rote Flora“. Der selbsternannte Kulturinvestor Kretschmer, der es 2001 für 370.000 DM von der Stadt kaufte, zeigt sich mit der B-Plan-Ausweisung des Grundstücks als Gemeinbedarfsfläche nicht einverstanden. Unverständlich, war doch das Grundstück zum Zeitpunkt des Kaufs bereits als Stadteilkulturzentrum im Erneuerungskonzept des Sanierungsgebietes ausgewiesen. Kretschmer war nie an die Altonaer Politik heran getreten, um über seine Vorstellun-



gen zur Zukunft seines Grundstücks zu sprechen. Erst am letzten Tag der Auslegung wurden medienwirksam Einwendungen gegen den B-Plan gemacht und eine Bauvoranfrage für ein Konzerthaus gestellt. Über die Qualität des Antrags, der auch nach altem Planrecht nicht genehmigungsfähig sein dürfte, spricht die Ankündigung „notfalls vor den Europäischen Gerichtshof zu ziehen“ bereits Bände.

Dann folgte ein Stück aus dem Tollhaus: Im Wochentakt trieb Kretschmers Berater die sprichwörtliche Sau durchs Dorf und drohte abwechselnd mit Räumung und Strafanzeigen, wohl mit dem Ziel einen politischen Preis für das Grundstück zu erzielen. Begierig griffen Zeitungen von Flensburg bis München das Thema auf.

Für die „Rote Flora“ wirkte diese Provokation wie eine Frischzellenkur. Zerstrittene Splittergruppen hatten endlich wieder einen gemeinsamen Feind. Die Mobilisierungshilfe, die Kretschmer den Zaublerlehrlingen der „Roten Flora“ geleistet hatte, dürfte nun aber vor allem im Stadtteil für eine Diskussion über Militanz und die Rolle der Roten Flora sorgen. Bisher sind alle, von den Rot-Floristen bis hin zur CDU, über die Stöckchen gesprungen, die Kretschmer ihnen hingehalten hat. Lediglich der SPD-Senat bewahrt einen kühlen Kopf und erteilt den Erpressungsversuchen des Eigentümers eine klare Absage. Am Ende werden wohl die Gerichte über die Eigentumsfrage entscheiden und der Stadtteil wird die Frage beantworten, was für ein Kulturzentrum am Schulterblatt von den Menschen vor Ort eigentlich gewünscht und getragen wird. Die Voraussetzungen dafür haben wir in jedem Fall mit dem Bebauungsplan geschaffen. ■



Liebe Genossinnen und Genossen,

Hamburg ist eine liberale und weltoffene Stadt. Hamburg lebt von seiner Vielfalt. Unterschiedliche Lebensentwürfe sind so selbstverständlich wie unterschiedliche Religionen, Hautfarben und Kulturen. Das zeichnet Hamburg aus. Wir alle leisten unseren Beitrag, dieses liberale Klima zu bewahren. Allerdings gilt es als Grundvoraussetzung, dass sich für ein gutes Miteinander alle an Recht und Gesetz halten.

In den vergangenen Wochen haben wir erleben müssen, wie politische Demonstrationen von gewaltbereiten Personen als Bühne genutzt wurden. Demonstrationsfreiheit statt für politische Inhalte für massive Gewalt gegen Personen und Gebäude zu missbrauchen, ist klar abzulehnen. Angriffe auf die Polizei, wie rund um die Demonstration am 21. Dezember geschehen, sind Angriffe auf die ganze Gesellschaft und widersprechen dem friedlichen Miteinander in unserer Stadt.

Wir schaffen das moderne Hamburg – das ist die Maxime unserer Politik. Wir machen die modernste Zuwanderungs- und Flüchtlingspolitik in ganz Deutschland. Als Bürgermeister schreibe ich alle 137.000 Hamburgerinnen und Hamburger ohne deutschen Pass an, die länger als acht Jahre in Deutschland leben und bitte sie persönlich, die Staatsbürgerschaft anzunehmen. Die Einbürgerungsfeiern im Rathaus sind jedes Mal etwas Besonderes.

Auch beim Wohnungsbau kommen wir voran. Seit 2011 hat der Senat gemeinsam mit den Bezirken 25.000 Baugenehmigungen erteilt. Wir setzen bei allen großen Bauvorhaben ein Drittel Sozialwohnungen durch – auch in wohlhabenden Stadtteilen. Wir haben die Mietpreisbremse verhängt und ein Gesetz gegen den Leerstand von Wohnraum erlassen. Wir sind auf dem richtigen Weg.

Eine Stadt wie Hamburg braucht Vielfalt und Menschen, die sich für ihre Stadt engagieren. Was Hamburg nicht braucht, ist Gewalt.

Euer


Olaf Scholz

Europa aktuell

NSA-AFFÄRE: WARUM HANDELT EUROPA NICHT GEMEINSAM?

Vor kurzem hat Präsident Obama in einer Rede Stellung zum milliardenfachen Datensammeln der US-Geheimdienste bezogen. Eine echte Kurskorrektur hatte vermutlich niemand ernsthaft erwartet und sie kam auch nicht. Ein paar kleine Reförmchen werden vielleicht kommen, aber ansonsten sieht der Präsident keine Veranlassung im Kampf gegen den Terrorismus von den bewährten Methoden abzukommen. In Europa können sich nur die Regierungschefs freuen, denn zukünftig sollen nur sie nicht mehr ausgespäht werden. Alle anderen werden weiter damit leben müssen. Die einzige Möglichkeit, die Sammelwut der US-Amerikaner etwas einzuschränken wäre, wenn die Mitgliedstaaten der EU bei dieser wichtigen Frage gemeinsam agieren würden. Wir haben politische Möglichkeiten, uns gegen die Totalüberwachung von ausländischen und inländischen Geheimdiensten zur Wehr zu setzen. Das ist das klare Signal des Abschlussberichtes zur NSA-Affäre, den der Innenausschuss im EU-Parlament Mitte Januar in Brüssel vorgelegt hat.

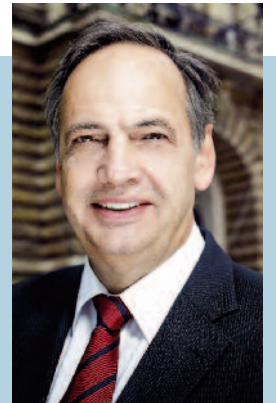
Vor einem halben Jahr, als nach den ersten Veröffentlichungen des Whistleblowers Edward Snowden die nationalen Regierungen noch überlegten, ob sie es überhaupt wagen sollten, von den USA Aufklärung zu verlangen, setzte das Europäische Parlament einen Untersuchungsausschuss zur NSA-Affäre ein. Nach vielen Anhörungen erklärt der Abschlussbericht, dass es überwältigende Beweise für weitreichende Systeme zur Datensammlung durch die USA und einige EU-Mitgliedstaaten gibt. Die Mitgliedstaaten werden aufgefordert, sich für den Datenschutz, der allen EU-Bürgerinnen und -Bürger durch die EU-Grundrechtecharta zusteht, wirksam einzusetzen. Der Kampf gegen den Terrorismus kann niemals als Rechtfertigung für die anlasslose Massenüberwachung dienen. Das ist die unmissverständli-

che Botschaft, die an die EU-Kommission, die nationalen Regierungen und die USA gesendet wurde. In dem Bericht zeigen die Europaabgeordneten auch klare Handlungsmöglichkeiten auf. Ohne Garantien für den Respekt der europäischen Bürgerrechte sollten wir keinem Freihandelsabkommen mit den USA zustimmen. Ein weiteres Druckmittel sei zudem, das so genannte Safe-Harbour-Abkommen und das SWIFT-Abkommen auf Eis zu legen. Zudem bekräftigten die Europaparlamentarier ihre Absicht, Edward Snowden in dem Ausschuss anzuhören. Aus Sicherheitsgründen wird eine Live-Schalt mit Edward Snowden nicht möglich sein. Die Abgeordneten erhalten die Gelegenheit, Fragen einzureichen, welche dann von ihm in einer Videoaufzeichnung beantwortet werden sollen. Der Ausschuss spricht sich auch dafür aus, dass Whistleblower wie Snowden besser geschützt werden.

Elementar ist nach Ansicht des Ausschusses, dass das geplante EU-Datenschutzabkommen schnellstmöglich verabschiedet wird. Hier sind es momentan insbesondere einige Staats- und Regierungschefs, die die Umsetzung hinauszögern – dazu gehört auch Deutschland. Bei uns übt man sich vielmehr in Symbolpolitik und versucht weiter, das No-Spy-Abkommen zu realisieren. Ein rein bilaterales Abkommen, das vermutlich nie zustande kommen wird.

Das Plenum des EU-Parlaments wird im März über den Bericht abstimmen. Es liegt nun an der konservativ-liberalen Mehrheit im EU-Parlament, diesen Bericht zu unterstützen und nicht wie schon so oft vor nationalen Regierungen und den USA einzuknicken.

Euer Knut Fleckenstein



IN HAMBURG STELT MAN PFAND AUCH OFFIZIELL DANEBEN

Hildegard Jürgens, Bürgerschaftsabgeordnete und Distriktvorsitzende Billstedt

Pfand gehört daneben“ ist ein allseits bekanntes Projekt – nun auch mit behördlicher Rückendeckung. Verschiedene Ideen von Pfandringen und -kisten klangen gut, wurden aber stets von den Hamburger Behörden wegen der unsicheren Befestigung abgelehnt. Eine pragmatische Lösung fanden die Organisatoren von „Pfand gehört daneben“ mit einem Metallrohr, das einige Flaschen aufnehmen kann. Seit November 2013 hängt das deutschlandweit erste offiziell genehmigte Pfandrohr auf dem Billstedter Marktplatz.

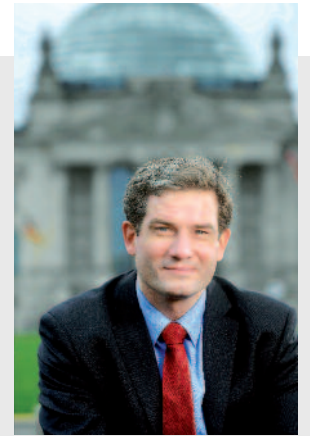
Foto: Hildegard Jürgens und Mathias Gößling, Kampagne „Pfand gehört daneben“.



Berlin direkt

LIEBE GENOSSINNEN UND GENOSSEN,

von Metin Hakverdi, MdB



meine erste Legislatur als Bundestagsabgeordneter begann mit einem Bekenntnis zur Demokratie, an das wir in der SPD noch lange denken werden. Wir wurden gefragt, ob wir der Großen Koalition zustimmen. Die Partei hat sich dann ihren Kritikern – auch aus den eigenen Reihen – nicht entzogen und am Ende so entschieden, wie die Mehrheit der 474.820 Mitglieder es wollte – mit einem deutlichen Ja. Auch deshalb, weil dieser Koalitionsvertrag eine deutliche sozialdemokratische Handschrift trägt.

Die Möglichkeit zur Mitbestimmung war ein Vertrauensbeweis an die Genossinnen und Genossen, die Basis, die Menschen, die sich einbringen in ganz Deutschland, in den Ortsvereinen, Stadtparlamenten, Gemeinderäten oder Bezirksversammlungen. „Ich glaube, dass die Stärke der deutschen Sozialdemokratie nicht nur historisch aus den Städten und den Gemeinden, der Kommunalpolitik,

kommt, sondern ich bin fest davon überzeugt: Wir werden auch in Zukunft nur dann mehrheitsfähig sein, wenn Stadt-, Lokalpolitik und Kommunalpolitik die Basis der deutschen Sozialdemokratie ist.“ So hat es Sigmar auf dem Parteitag in Leipzig formuliert.

Die Sätze haben mir sehr gefallen, weil ich die Einschätzung teile: Vor Ort passiert, was zählt. Die Bezirksversammlungen am 25. Mai sind eine Gelegenheit, den Menschen in Hamburg zu zeigen, wofür die SPD steht, ganz konkret: Für ausreichenden Wohnraum, der bezahlbar ist und bleibt, für eine umweltbewusste Stadt und für wirtschaftliche Prosperität, die nicht zu Lasten der Lebensqualität der Hamburgerinnen und Hamburger geht.

Am 25. Mai wird auch das Europaparlament gewählt. Es ist nicht immer einfach, die Bedeutung dieser Wahl zu vermitteln. Aber gerade in Brüssel werden die Weichen für

Hamburgs Zukunft gestellt.

Europa ist eine Gemeinschaft, von der wir hierzulande profitiert haben. Es ist in diesen Tagen ziemlich leicht, die wirtschaftliche Schieflage in einigen Mitgliedstaaten als Argument gegen die EU anzuführen. Es ist nicht nur ziemlich leicht, es ist vor allem kurzsichtig und falsch. Der Binnenmarkt ist es, der Deutschland zum Exportgiganten macht, um nur ein Argument zu nennen. Ich wünsche mir, dass wir Europa nicht immer nur in Euro denken. Für mich bedeutet Europa, dass Millionen Menschen seit Jahrzehnten in Frieden zusammen leben.

Wir sehen uns am 25. Mai im Wahllokal!

Euer Metin Hakverdi

TERMINE

3. Februar, 19.30 Uhr
FRAKTION BEWEGT: INKLUSION UND SPORT – VIELFALT BEWEGT
mit **Ingrid Körner**, Senatskordinatorin für die Gleichstellung behinderter Menschen, und **Juliane Timmermann**, MdHB
Vereinsheim des FC Teutonia 05 e. V. Holstentwiete 47
Anmeldung unter info@spd-fraktion-hamburg.de

6. Februar, 19 Uhr
JULIUS-LEBER-FORUM
Russland und die Politik der Östlichen Partnerschaft: Chancen und Probleme für die EU
mit **Knut Fleckenstein**
Hotel Baseler Hof | Jugendstilsaal Esplanade 15

7. Februar, 18 Uhr
7. BERGEDORFER GRÜNKOHLESSEN
Mit **Knut Fleckenstein**, Hamburgs Europaabgeordneter, und **Ties Rabe**, Senator für Schule und Berufsbildung und den Bergedorfer Abgeordneten aus Bezirksversammlung und Bürgerschaft
Gaststätte „Zum Gewerkschaftshaus“ Am Pool 41
Anmeldung im Kreisbüro unter hh-bergedorf@spd.de & Tel. 7 21 49 13

23. Februar, 11–13 Uhr
POLITISCHER FRÜHSCHOPPEN: ENERGIEWENDE
mit **Johannes Kahrs**, MdB
Ständige Vertretung Stadthausbrücke 1–3
Anmeldung unter johannes@kahrs.de & Tel. 28 05 55 55

27. Februar, 19 Uhr
Schwusos Hamburg:
NEUJAHRSGESPRÄCH
Kurt-Schumacher-Allee 10



In den letzten zwölf Monaten haben wir sehr viele neue Mitglieder gewinnen können – viele haben sich im Wahlkampf für die SPD entschieden, andere hat die Beteiligungsmöglichkeit beim Mitgliedervotum zum Koalitionsvertrag überzeugt.

Wer neues Mitglied der SPD ist, wird mit einer Fülle neuer Eindrücke konfrontiert, hat Erwartungen und Fragen – mit unserem Neumitgliedertag wollen wir den Einstieg in Parteiarbeit und Parteikultur erleichtern und politisches Engagement anstoßen.

Auf dem Programm stehen unter anderem die Begrüßung durch den Landesvorsitzenden Olaf Scholz und anschließende Diskussion, Informationen zur Geschichte der SPD, zu den Arbeitsstrukturen und den Wahlkämpfen in diesem Jahr sowie die

Möglichkeit mit Vertretern und Vertreterinnen der vielen Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreise zu sprechen.

Die Neumitgliedertage finden statt am **Samstag, 8. Februar von 11 bis ca. 15 Uhr**
Samstag, 15. Februar von 11 bis ca. 15 Uhr

im Kurt-Schumacher-Haus
Kurt-Schumacher-Allee 10

Für Kaffee, Kaltgetränke und einen Mittagimbiss ist gesorgt – Kosten entstehen Dir keine.

Eine Anmeldung ist erforderlich. Bitte teile uns Deinen Wunschtermin, 8. oder 15. Februar, mit per E-Mail an kerstin.bake-voelsch@spd.de oder telefonisch unter 040-280 848 74.

Wir freuen uns auf Dich! ■

OLAF SCHOLZ IM GESPRÄCH

11. Februar, 19.30 Uhr
Stadtteilschule Walddorfer Ahrensburger Weg 30
22359 Hamburg

20. Februar, 19.30 Uhr
BGZ Süderelbe
Am Johannisland
21147 Hamburg
(Nahe S-Bahn Neugraben)

EUROPAWAHL-WORKSHOP

Am 25. Mai haben wir die große Chance, der Politik in Europa eine neue Richtung zu geben.

Mit Martin Schulz steht an der Spitze der europäischen Sozialdemokraten ein mutiger Kämpfer für ein sozialeres Europa. Mit seiner Unterstützung, aber auch eurer Unterstützung wollen wir Europa neu denken. Zur Vorbereitung auf einen dynamischen Wahlkampf lädt Knut Fleckenstein ein zum

EUROPAWAHL-WORKSHOP

am 8. Februar 2014 von 10 Uhr bis 15.30 Uhr im Baseler Hof, Esplanade 15 im Gartensaal.

Folgendes Programm wird euch erwarten:

- 1. Wahlkampf und Programm** – Knut Fleckenstein
- 2. Staatsschuldenkrise** – Christa Randzio-Plath
- 3. Europa beginnt in den Bezirken**, SGK
- 4. Hamburg und Europa:** Wolfgang Schmidt
- 5. Europäische Umweltpolitik:** Sabine Steppat

Bitte meldet euch bis zum 3. Februar verbindlich an unter 040-28 09 55 82 oder europa@knut-fleckenstein.eu. ■

FRAGEN? SORGEN? PROBLEME?

WIR SIND FÜR SIE DA!
DAS SPD-BÜRGERBÜRO

Kurt-Schumacher-Allee 10
20097 Hamburg
Telefon 28 08 48 32

Dienstag, Mittwoch,
Donnerstag
jeweils 14–16 Uhr

Impressum

Herausgeber
SPD-Landesorganisation
Hamburg

V.i.S.d.P.
Tim O. Petschulat

Redaktion
Doreen Kerinnis

Redaktionsschluss für die kommende Ausgabe
10. Februar 2014

Anschrift
Kurt-Schumacher-Allee 10
20097 Hamburg